

Pressemitteilung: Mogelpackung der Ampelregierung – Arbeitsverbote für Geflüchtete komplett abschaffen!

„Der heutige Kabinettsbeschluss, der kleine Verbesserungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete vorsieht, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber unzureichend. Ich warte auf die Abschaffung aller Arbeitsverbote, wie sie im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart wurde. Das wäre ein klares und fortschrittliches Signal in der aktuellen Asyldebatte, die zu einem Überbietungswettbewerb der Gewissenlosigkeit verkommen ist“, erklärt die rechts- und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger. Bünger weiter:

„Die geplanten Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang stellen keinen Paradigmenwechsel dar, sie korrigieren nur leicht die bestehenden komplizierten Regelungen. Weiterhin werden ganze Gruppen einem pauschalen Arbeitsverbot unterliegen, etwa Geflüchtete aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten oder Menschen, denen unterstellt wird, dass sie an einer Identitätsklärung nicht mitwirken. Wer ein Jobangebot hat, soll arbeiten dürfen, um von staatlichen Hilfsleistungen unabhängig leben zu können - so einfach ist das. Der Zugang zu Arbeit muss zudem unterstützt werden: Mit Sprachkursen und einer unkomplizierten Anerkennung von Bildungsabschlüssen und vorhandenen beruflichen Qualifikationen.

Während die im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung aller Arbeitsverbote für Geflüchtete ausbleibt, werden zugleich umfangreiche Verschärfungen im Abschiebungsrecht vereinbart, von denen sich keine einzige im Koalitionsvertrag finden lässt. Ich frage mich, wie insbesondere die Grünen diese restriktive Wende in der Asylpolitik rechtfertigen wollen.

Und wieder beschließt die Ampel nicht, was eigentlich dringend erforderlich wäre: Wir brauchen ein grundlegend anderes Verteilungssystem, das Familienbindungen und berechnete Interessen und Fähigkeiten der Schutzsuchenden ebenso berücksichtigt wie konkrete Aufnahme- und Integrationskapazitäten in den Ländern und Kommunen. Wenn Asylsuchende bei Verwandten oder Bekannten unterkommen könnten, wie es bei den Ukraine-Geflüchteten so gut geklappt hat, dann wären die staatlichen Aufnahmestrukturen sofort entlastet. So reißerisch und hetzend wie die Debatte aktuell geführt wird, wird keiner einzigen Kommune geholfen.“